

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1939

57 (8.3.1939)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

Ercheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Pfinztäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Anzeigenberechnung: Die 6 gespaltene Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 5 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 57

Mittwoch, 8. März 1939

110. Jahrgang

Nur eine Lösung: Bedingungslose Übergabe Madrids

Der Mord rast durch die Stadt — Furchtbare Blutbäder unter den Spanienbolschewisten — Drei Gruppen ringen um die Macht
50 Offiziere hingerichtet

Madrid, 7. März. Wie aus Madrid bekannt wird, erhielten die kommunistischen Abteilungen, die sich gegen den neu gebildeten „Verteidigungsrat“ aufgelehnt hatten, Zuzug von Seiten der Milizen und der ehem. internationalen Brigaden. Der Kampf der Kommunisten gegen den Verteidigungsrat dauert in mehreren Teilen Sowjetspaniens mit verstärkter Festigkeit an. Besonders blutige Ereignisse gab es in Madrid, Guadalajara, Albacete und Cuenca, in welchen Städten es den Kommunisten gelungen war, einen Teil der Waffenlager zu erbeuten.

Die Abteilungen des roten „Verteidigungsrates“ konnten in Madrid mehrere kommunistische Brigaden gefangen nehmen. 50 Offiziere dieser Brigaden wurden an die Wand gestellt und erschossen. Die Kommunisten brachten jedoch ihrerseits die Abteilungen des „Verteidigungsrates“ außerordentlich schwere Verluste bei, die auf mehrere Tausend Mann geschätzt werden. Die Krankenhäuser Madrids sind von Verwundeten überfüllt. Die Stadt ist vom übrigen Sowjetspanien abgeschnitten und kann nur durch den Rundfunk die Verbindung aufrecht erhalten.

Der sogen. Verteidigungsrat ist in permanenter Sitzung versammelt. Er erläßt die „strengsten“ Verordnungen“ gegen die Kommunisten und fordert die Bevölkerung auf, aktiv an der Widerwerfung der kommunistischen Auflehnung mitzukämpfen, da die Kommunisten nach der Alleinhererrschaft streben. Aus den Arsenalen wurden Waffen an die Bevölkerung verteilt.

Der rote General Miaja hielt eine Rundfunkansprache, in der er mit den schärfsten Worten die Kommunisten angriff. Er forderte Widerstand gegen den roten Verteidigungsrat und erklärte, da er nur neues Proletariatblut vergieße.

Madrid gibt zu: Moskau will über Spanien einen Weltkrieg entfesseln.

Madrid, 7. März. Im Madrider Sender verlas man eine ausführliche Erklärung des „Verteidigungsrates“. Es wird darin mit Bezug auf eine Fülle belastenden Materials, das man angeblich jetzt erst gefunden hat, erklärt, Madrid arbeite bisher ausschließlich auf Abweisung Moskaus. Man sehe sich dem Befehle Moskaus gegenüber, unbedingt den Krieg fortzuführen und damit möglichst jetzt noch Anlaß zu einem neuen Weltkrieg zu geben. Diese sowjetrussische Politik — das erkläre man jetzt — gehe ausschließlich auf sowjetische Interessen aus und lasse jede Spur einer Sympathie für das spanische Volk vermissen.

Paris rechnet mit einer schnellen Liquidierung des spanischen Krieges. — Die verzweifelte Lage der Roten noch immer nicht richtig erkannt.

Paris, 7. März. Die Ereignisse in Madrid und die Flucht der geflohenen Negrin-Regierung nach Frankreich werden weiterhin von den Pariser Abendblättern ausführlich behandelt.

Wenn auch allgemein zum Ausdruck gebracht wird, daß die letzten Ereignisse die möglichst schnelle Liquidierung des spanischen Krieges vorbereiten würden, so scheint man die verzweifelte Lage der Roten doch noch immer nicht richtig einschätzen zu wollen. Man spricht von einer zu erhoffenden „Einigung“ zwischen der derzeitigen „Regierung“ in Madrid und Franco, wobei man jedoch ganz verneint, daß es der Sieger Franco nicht nötig hat, sich mit den roten Vantrotterten Rechtspaniens an den grünen Verhandlungstisch zu setzen, sondern daß es für Madrid nur eine Lösung gibt: bedingungslose Übergabe.

Auf Vorschlagsarbeiten, die die Presse schon jetzt verteilt mit den Worten, daß „General Franco seine Rolle in der Geschichte Spaniens erhöhen würde, wenn er seinen Sieg nicht ausbeute und von Repressalien gegenüber seinen Gegnern Abstand nehme“ wird man in Burgos gern verzichten, denn hier bringen die Pariser Blätter doch gar zu deutlich zum Ausdruck, daß der Wunsch wieder der Vater des Gedankens ist.

Negrin sollte vor ein Standgericht. — Einzelheiten über die Flucht der roten Bonzen.

Paris, 7. März. Ueber die Flucht des rotspanischen Hauptlings Negrin und seines Augenministers del Razo werden jetzt Einzelheiten bekannt. Ein Anlaß der vier Apparate, die in Toulouse zwischengelandet sind, erklärte, daß sofort nach Be-

kanntwerden der Machtübernahme durch den nationalen Verteidigungsausschuß sämtliche republikanischen Flughäfen Anweisung erhalten hätten, kein Flugzeug starten zu lassen, ohne besondere Erlaubnis dieses Ausschusses. In der allgemeinen Unordnung und Verwirrung sei es Negrin und del Razo aber dennoch gelungen, sich aus dem Staube zu machen.

Die Flugzeugführer und ebenso die Besatzung hätten erst bei der Landung in Toulouse erfahren, was überhaupt in Rotspanien vor sich gegangen sei. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, Negrin und Genossen zu verhaften und sie vor ein Standgericht zu stellen. Ein fünfter Apparat, der ebenfalls von Albacete aus starten wollte, sei im letzten Augenblick daran gehindert worden. Die Anlassen habe man gefangen gesetzt.

Sowjetspanische Bomben auf einen holländischen Dampfer. — Auf der Höhe von Gibraltar. — Zuspriech des Kapitäns.

Amsterdam, 7. März. Der Kapitän des niederländischen Dampfers „Aurora“ hat seiner Reederei durch Zuspriech mitgeteilt, daß sein Schiff auf der Höhe der Straße von Gibraltar durch sechs rotspanische Flugzeuge überfallen worden sei. Es seien zahlreiche Bomben abgeworfen worden. Durch Bombenplitter wurde die Brücke des Dampfers beschädigt. Trotz der Beschädigung konnte die „Aurora“ ihre Reise nach Genua fortsetzen.

Schluß mit der Lügenflut über Deutschland

Lord Brocket sagt an

London, 8. März. Das Oberhausmitglied Lord Brocket wendet sich in einem Schreiben an die „Times“ gegen die Lügen in der Weltpresse über internationale Angelegenheiten. Dabei stellt er vor allem die Falschmeldungen über Deutschland an den Pranger. Lord Brocket verweist zunächst auf die große Gefahr der Verfälschung der öffentlichen Meinung durch falsche Pressenachrichten und zählt dafür mehrere Beispiele auf. Er fährt dann fort: Es habe ja keinen Zweck, alle Beispiele anzuführen. Er müsse aber hinzufügen, daß ein Teil der Presse die Angewohnheit habe, bei wichtigen Reden nur die Stellen zu veröffentlichen, die geeignet seien, Furcht und Mißtrauen auszulösen. Die Stellen jedoch, die Freundschaft und Frieden betonten, würden bewußt getrichen.

Weltfrieden und Welthandel, so schließt Lord Brocket, seien auf Freundschaft und Vertrauen aufgebaut. Der Umschwung der Zeitungen hänge dagegen von Krisen und Kämpfen ab. Ein Krieg aber würde alle in gleicher Weise treffen. Warum also könne die Presse sich nicht zu einer besseren, klareren und sozusagen christlicheren Einstellung bequemen und tatkräftig den Leuten zur Seite stehen, die um den Wohlstand, die Freundschaft und den Frieden in der Welt bemüht seien?

Daladier Kandidat auf Frankreichs Präsidentensessel

Paris, 7. März. Ministerpräsident Daladier hatte im Laufe des Dienstag eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Kammer, Herriot, über die kommenden Staatspräsidentenwahlen. In sonst gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Wahlen entweder am 6. oder am 13. April stattfinden. Die Aufstellung Daladiers als Kandidat liegt immer noch im Bereich der Möglichkeit.

Selbsthilfe flandrischer Bauern

Selbsthilfsaktion flandrischer Bauern. — 200 Mann starkes Polizeiaufgebot muß Gerichtsvollzieher schützen.

Paris, 8. März. Wie die Blätter aus Lille melden, kam es am Dienstag in dem flandrischen Städtchen Blatinghem zu ersten Zwischenfällen. Ein Bauer sollte mit seiner sechsöpfigen Familie wegen Nichtzahlung der Pacht von Haus und Hof vertrieben werden. Bereits einmal hatte der Gerichtsvollzieher vergeblich versucht, seines Amtes zu walten, da der Bauer bei der Bevölkerung der ganzen Umgebung Hilfe fand. Als der Beamte erneut erschien, diesmal in Begleitung von sechs Abteilungen Garde mobile und 30 Gendarmen, insgesamt 200 Mann, erklärte der bäuerliche Selbstverteidigungsausschuß, daß er sich den Anweisungen des Beamten weiter widersetzen werde und benachrichtigte die umliegenden Ortschaften von dem Eintreffen des Polizeiaufgebotes. Kurz darauf waren 700 Bauern zur Stelle, die mit feindseligen Rufen das Geschäft unringten. Am Mittag kam es zu erneuten Reibereien zwischen der Garde mobile und den Bauern, bei deren Verlauf die Polizei einige Verhaftungen vornahm. Als die Bauern dann sahen, daß sie eine Ausquartierung des Bauern nicht verhindern würden, zogen sie sich wieder zurück.

Schwere Schneeschäden im Allgäu

Zahlreiche Störungen im Fernsprechnetz

Füssen, 8. März. Am Dienstagnachmittag ging über Füssen und Umgebung ein stundenlanges heftiger Schneefall nieder. Durch den nassen und schweren Schnee wurden zahlreiche Licht- und Fernspreitleitungen beschädigt, sodaß die Verbindungen nach mehreren Richtungen hin empfindlich gestört wurden. Innerhalb des Stadtgebietes wurden eine Reihe von Leitungsmasten umgelegt und die Leitungen unter dem Druck der schweren Schneemassen buchstäblich zerrissen. Auch die Stromzufuhr geriet ins Stocken, sodaß die Straßenbeleuchtung an vielen Stellen längere Zeit außer Betrieb gesetzt war.

Der Schneefall dauerte bei sinkenden Temperaturen die ganze Nacht über an, sodaß im Tal bereits 20 bis 25 cm Neuschnee liegen. Auch am Mittwochmorgen schneit es bei minus 3 Grad weiter.

Nochmals die Einmischungspolitik von USA

Washington, 8. März. In der Pressekonferenz des Weißen Hauses, der ersten seit der Wiedereinbringung des bekannten Gesetzentwurfes, der unter bestimmten Gesichtspunkten die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von einem vorherigen Volkentscheid abhängig machen will, wurde Präsident Roosevelt über seine Ansicht über diese Angelegenheit befragt. Wie zu erwarten war, äußerte sich der amerikanische Präsident hierzu ebenso wie bei dem seinerzeitigen ersten Vorschlag Ludlows nicht ablehnend. Er erklärte, daß erstens keine Übereinstimmung über die Begriffsbestimmung des Wortes „Krieg“ bestehe zweitens würde durch einen Volkentscheid zuviel Zeit verloren gehen.

Roosevelt erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Frankreichs Kaperhiffe in den Jahren 1798—1800 an der westlichen Küste sowohl britische wie amerikanische Schiffe aufgegriffen hätten, obwohl Frankreich seinerzeit Amerika nicht den Krieg erklärt hätte. Dies sei möglich gewesen, bis die junge somalische Regierung der Vereinigten Staaten eine kleine Kriegsschiffe gebaut und die Gegend gesäubert habe. Dieses weit hergeholt Beispiel fügte Roosevelt in seine Argumentation mit der Frage ein, was heute geschehen würde, wenn eine ähnliche Situation (!) entstände und der Kongreß sowohl wie

die Regierung machtlos und tatenlos dastehen müßten, bis ein Volkentscheid stattgefunden habe.

Diese an den Haaren herbeigezogene Begründung geht vollkommen an der Tatsache vorbei, daß weder Ludlow noch Roosevelt die Befürworter des genannten Antrags, durch ihre Vorschläge den berechtigten Schutz der amerikanischen Schifffahrt zu verbieten beabsichtigten. Worauf jedoch Roosevelt in Wirklichkeit hinaus will und wohin seine Politik steuert, zeigte wesentlich deutlicher seine Antwort auf die an ihn gestellte Frage, ob „das Bestehen der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung die Sache des Weltfriedens gefährdet“ habe. Der amerikanische Präsident verneinte diese Frage und behauptete darüber hinaus, der amerikanische Einfluß auf die Weltfriedensfrage in den letzten drei Jahren seit Inkrafttreten dieses Neutralitätsgesetzes wäre wahrscheinlich größer gewesen, wenn das Gesetz nicht existiert hätte!

Roosevelt legt seine sinnlose Aufrüstungslampagne fort. — Wieder vier Kreuzer in Auftrag gegeben.

Washington, 7. März. Roosevelt ermächtigte heute die Marineleitung der Vereinigten Staaten, vier neue 6000 t Kreuzer auf Privatwerften bauen zu lassen. Der Gesamtwert dieses Bauauftrages beträgt 48 Millionen Dollar.

